

Sozialreport 2006 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern

Pressekonferenz - 16.01.2007 - Presseerklärung -

Prof. Dr. Gunnar Winkler - Präsident der Volkssolidarität Bundesverband e.V.

Mit dem Sozialreport 2006 werden zum 17. Mal die Ergebnisse der seit 1990 jährlich durchgeführten Untersuchung zur sozialen Lage und sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern vorgelegt, die im besonderen Maße die Befindlichkeiten und Auffassungen der Bürger Ostdeutschlands erfassen.

Befragt wurden im Zeitraum Juni 2006 insgesamt 885 Frauen und Männer, die das 18. Lebensjahr erreicht hatten und in den neuen Bundesländern einschließlich Ostberlin lebten. Wie in den vergangenen Jahren wurde die empirische Untersuchung insgesamt finanziell unterstützt durch den Sozialverband Volkssolidarität e.V. (bzw. für einen Teilaspekt durch die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung). Dadurch konnte die bislang einzigartige Form der Dauerbeobachtung der sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern fortgesetzt werden.

Die Volkssolidarität sieht auch weiterhin in der Darstellung der subjektiven Reflexion der realen Lebensverhältnisse einen wichtigen Aspekt ihrer sozialpolitischen Interessenvertretung.

Hauptergebnisse der Untersuchungen sind:

Erstens: Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist vor dem Hintergrund der Reformdebatten weiter gesunken.

Im Jahre 2006 waren in den neuen Bundesländern 39 % der befragten Ostdeutschen mit ihrem Leben alles in allem zufrieden - sehr zufrieden waren 4 % bzw. zufrieden 35 %. 43 % der Bürger waren teilweise zufrieden, 12 % unzufrieden und 4 % sehr unzufrieden (1 % ohne Antwort). Insbesondere 2002, 2003 und 2006 ging die allgemeine Lebenszufriedenheit deutlich zurück (1999/2000 waren insgesamt noch 59 % zufrieden/sehr zufrieden). "Zufriedenheitsverluste" traten in allen Bevölkerungsgruppen auf. Im besonderen Maße betraf dies die Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen sowie die ab 60-Jährigen. Bei Letzteren sank diese allein zwischen 2005 und 2006 von 65 % auf 49 %. Hohe Zufriedenheit gibt es in den Bereichen, die der Einzelne selbst beeinflussen und gestalten kann, d.h. beim Wohnen, der Partnerschaft und Freizeitgestaltung - geringe Zufriedenheit in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, persönlichen politischen Einfluss und die wirtschaftliche Situation.

Die sinkenden Zufriedenheiten reflektieren reale Wohlstandsverluste. Insgesamt zeichnen sich die subjektiven Befindlichkeiten der Bürger der neuen Länder durch eine zunehmend hohe Zukunftsver-

unsicherung und sich erheblich verschlechternde Bewertungen ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage sowie der allgemeinen Lebenszufriedenheit aus.

Zweitens: Die Zukunftserwartungen der Bürger stehen im Gegensatz zu den Verlautbarungen der Politik. Die Zukunftsverunsicherungen haben - insbesondere bei älteren Bürgern - drastisch zugenommen.

Der sich in der Untersuchung 2005 andeutende Hoffnungsgewinn (in Erwartung der Bundestagswahlen) hat sich 2006 bereits wieder umgekehrt. Im Juni/Juli 2006 äußerten in Bezug auf die weitere Entwicklung nur 8 % der Bürger vor allem Hoffnungen, 38 % vor allem Befürchtungen, 45 % antworteten mit sowohl als auch. 5 % antworteten mit "ich weiß nicht" und 4 % gaben dazu keine Antwort.

Offensichtlich ist, dass die nach wie vor existenten wirtschaftlichen Probleme bei zwar (rechnerisch) sinkender, aber immer noch hoher Arbeitslosigkeit ebenso wie die eine breite Öffentlichkeit bewegenden Wirkungen der Sozialreformen vor allem Befürchtungen aufkommen lassen. Es sind die Senioren und Bürger zwischen dem 40. und 60. Lebensjahr, die - bezogen auf ihre Hoffnungen und Befürchtungen - historische Tiefst- bzw. Höchstwerte erreichen. Erstmals haben Senioren weniger Hoffnungen (3 %) und mehr Befürchtungen (49 %) als alle anderen Altersgruppen.

Hinsichtlich der Zukunftsaussichten sind drei Aspekte hervorzuheben:

- Es gibt ein bedeutendes Unzufriedenheitspotenzial, da nur jeder fünfte Ostdeutsche mit seinen Zukunftsaussichten zufrieden ist, während vier von fünf Ostdeutschen teilweise bzw. ganz unzufrieden sind. Von Verbesserungen wird in den nächsten Jahren in den Bereichen Partnerschaft, Wohnen und Freizeit ausgegangen, in den Bereichen soziale Sicherheit, Arbeitsmarktentwicklung und Einkommens-Preis-Entwicklung wird von rd. zwei Dritteln der Befragten eine weitere Verschlechterung erwartet.
- Im Vergleich der Jahre 1994 bis 2006 erreicht die Zukunfts-Unzufriedenheit 2005/2006 einen historischen Höchststand. Seit der Jahrtausendwende reduzierte sich die Zukunftszufriedenheitsquote von 42 % (2000) auf weniger als die Hälfte im Jahre 2006 (20 %).
- Die Polarisierungen in den Erwartungen haben weiter zugenommen (Beamte 57 % Zukunftszufriedenheit - Arbeitslose 9 %).

Die enormen Zukunftsverunsicherungen im Osten reflektieren sich auch in dem nach wie vor hohen Abwanderungsdefizit durch den Um- und Wegzug in die alten Bundesländer (Saldo seit 1991 = 950.000 Bürger - insbesondere junge Frauen) sowie in einer nach wie vor geringen Geburtenzahl.

Kinder werden z.T. als Risiko für die eigene Entwicklung gesehen, bzw. die allgemeine Zukunftsverunsicherung wird auch auf künftiges Leben übertragen, so dass es als unverantwortlich erscheint, Kinder in diese Welt zu setzen. Als wichtigste Gründe für die sinkenden Geburtenzahlen werden von den Bürgern der neuen Länder vor allem genannt: berufliche Nachteile (77 %) und zu hohe finanzielle Belastungen (72 %). Dem folgen mit deutlichem Abstand eine nicht kinderfreundliche Umgebung (49 %), fehlende Betreuungsmöglichkeiten (46 %), fehlende Zukunft für Kinder (42 %).

Wir machen erneut darauf aufmerksam, dass das hohe Maß an sozialer Zukunftsunsicherheit den sozialen Frieden und die soziale Stabilität langfristig gefährden kann bzw. wird.

Drittens: Die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage der Ostdeutschen hat sich zunehmend verschlechtert - für die nächsten Jahre wird von weiteren negativen Entwicklungen ausgegangen. Der von der großen Koalition proklamierte wirtschaftliche Aufschwung erreicht weder in der Realität noch im Bewusstsein die Mehrheit der Bürger.

Von den Befragten bewerteten 2 % ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut, 23 % mit gut, 46 % mit teils gut/teils schlecht, 22 % mit schlecht und 7 % mit sehr schlecht (1 % ohne Antwort). Damit hat sich der seit Beginn des neuen Jahrtausends erkennbare Trend einer abnehmenden positiven und zunehmend negativen Bewertung auch im Jahre 2006 nachdrücklich fortgesetzt. Mit rd. 57 % stellte mehr als jeder zweite Befragte eine Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage im Vergleich zu vor fünf Jahren fest (2001), nur 13 % sahen eine Verbesserung. Bezogen auf den Zeithorizont der kommenden fünf Jahre (2011) erwarten 10 % Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Situation, über die Hälfte (52 %) geht von Verschlechterungen aus, 16 % erwarten keine Veränderungen (22 % treffen dazu keine Aussage).

Alles in allem bringen die einzelnen Bewertungen - wenn auch unterschiedlich - das Maß der real erfolgten Veränderungen (bzw. Stagnation) in den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen zum Ausdruck. Der Umbau des Sozialstaates wird nicht als notwendige Umgestaltung für alle empfunden, sondern als Angriff auf Lebensstandard und damit die Lebensqualität von Mehrheit zu Gunsten einer Minderheit in Wirtschaft und Politik.

Viertens: Es gibt inzwischen eine neue Armut, die gekennzeichnet ist durch: Armut trotz Arbeit, Armut von Familien mit Kindern und eine erkennbare zunehmende Altersarmut.

Ich möchte eingangs erneut feststellen, dass sich mit der Vereinigung seit 1990 für die große Mehrheit der Bürger der neuen Länder positive Veränderungen in fast allen Lebensbereichen vollzogen haben. Das betrifft keineswegs nur das Waren- und Dienstleistungsangebot, sondern auch Vereinsfreiheit und -vielfalt oder Reisefreiheiten.

Trotzdem kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Angleichungsprozess weitgehend zum Erliegen gekommen ist. Das gilt im Besonderen im Einkommensbereich (79 % der Arbeitseinkommen lt. Betriebspanel Ost 2005; Alterseinkommen 90 %).

Die Erwartungen an eine Einkommensangleichung stabilisieren sich auf niedrigstem Niveau. Gingen 1993 noch 76 % der befragten Ostdeutschen davon aus, dass innerhalb von 10 Jahren eine Einkommensangleichung erfolgen würde, nahmen das 2006 nur noch 18 % an. Rentner gehen inzwischen von 2038 als Angleichungszeitpunkt aus, also außerhalb ihrer eigenen Lebenserwartung (entspricht dem Rentenversicherungsbericht 2006 der Bundesregierung, der 2032 vorsieht).

Insgesamt leben nach Selbsteinschätzung in den neuen Ländern 17 % der Befragten in Haushalten mit einem Einkommen unter 50 % des Durchschnittseinkommens, und 9 % der befragten Bürger erhalten

ein individuelles Einkommen unter 50 %. Als "Reiche" (200 % des Durchschnittseinkommens) ordnen sich 5 % der Bürger ein, darunter 38 % der Beamten und 13 % der Selbstständigen.

55 % der befragten Arbeitslosen leben in Haushalten mit weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens. Allein in rd. einem Viertel aller Arbeitslosenhaushalte sind beide Partner von Arbeitslosigkeit betroffen. Aber unverkennbar ist, dass Armut inzwischen auch trotz Erwerbsarbeit auftritt. So erhalten - bezogen auf die individuellen Einkommen - 3 % der vollbeschäftigten Erwerbstätigen, 12 % der Teilzeitbeschäftigten, 28 % der geringfügig Beschäftigten ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze.

Entsprechend der keineswegs neuen Diskussion um Unterschichten - zu der sich in den neuen Ländern 2006 rd. 10 % derer, die eine Selbstbewertung vorgenommen haben zuordnen - geben 36 %, d.h. doppelt so viel als im Durchschnitt - an, in Armut zu leben.

Familien mit ein bzw. zwei Kindern geben zu 5 bzw. 12 % an, ein Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgrenze zu erhalten, Alleinerziehende mit einem Kind zu 32 % ebenso wie Alleinlebende zu 36 % (Auszubildende, Studenten, Seniorinnen).

Der Anteil der Altersarmut ist noch gering, aber von den Rentnern sind inzwischen 13 % der Rentnerhaushalte dem Bereich der Altersarmut zuzuordnen (21 % allein lebender Rentnerinnen). Nicht zu übersehen sind dabei zwei Entwicklungen:

- Der Rentenzahlbetrag in den neuen Ländern ist rückläufig (2003 = 829 Euro/2005 = 820 Euro). Die Zahl der Rentnerinnen unter 750 Euro/Monat beträgt (2005) in den neuen Ländern rd. 65 % aller Rentnerinnen und 10 % der Rentner (alte Länder 78/29 %).
- In den neuen Ländern hat die Zahl der Neurentner, welche mit Abschlägen in die Rente gehen (2005), inzwischen 75 % erreicht. Das bedeutet für den Einzelnen eine lebenslange Rentenminderung von 95 Euro/Monat (rd. 20.000 Euro). (Vergleichsdaten alte Länder: 45 % mit 93 Euro/Monat).

Nicht zu übersehen ist, dass mit dem beabsichtigten Renteneintritt ab 67 Jahre der Anteil niedriger Renten steigen wird, aufgrund einer zunehmenden Anzahl von Renten mit Abschlägen sowie den negativen Wirkungen der Arbeitsmarktreformen auf die Rentenzahlbeträge.

Fünftens: Die Sozialreformen werden als Entscheidung gegen die Interessen der Mehrheit der Bürger angesehen. Das Vertrauen in die politischen Instanzen ist niedrig.

Die Debatten um den Abbau des Sozialstaates haben dazu beigetragen, das Vertrauen in wichtige gesellschaftliche Institutionen weiter zu untergraben. Kein bzw. nur wenig Vertrauen gegenüber dem Bundestag geben 62 % bzw. 30 % der ostdeutschen Befragten an. Auch in die Bundesregierung haben (trotz geringfügigem Merkel-Bonus) 58 % kein und 32 % wenig Vertrauen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion und Maßnahmen zur Durchsetzung der Sozialreformen in Deutschland hat sich für die Bürger offenbar auch das Profil der einzelnen Parteien weiter verwischt.

Eine Vielzahl von sich überbietenden Vorschlägen aus unterschiedlichen politischen Richtungen hat dem Bürger das Erkennen jeweils eigenständiger Vorstellungen der Parteien kaum noch ermöglicht.

Auch die Befragung 2006 belegt, dass die Entwicklungen seit 2002 zu einem feststellbaren "Kompetenzwechsel" der Parteien - insbesondere zwischen SPD und CDU - geführt haben. Auf die Frage: "Welche Partei setzt sich Ihrer Meinung nach am meisten für den wirtschaftlichen Aufbau ein?", gestehen von den Bürgern der neuen Länder der CDU mit 32 % die höchste Kompetenz zu. 1998 lag hier noch die SPD deutlich (31 %) an der Spitze. Erstmals erhält die FDP 2006 für diesen Bereich 10 % und bildet damit die "drittstärkste" Kraft. Einen Kompetenzwechsel von der SPD zur CDU gab es auch in Bezug auf Abbau der Arbeitslosigkeit. Waren 1998 noch 32 % der Meinung, dass die SPD die höchste Kompetenz besitze, lag 2006 die CDU mit 21 % an der Spitze. Die Kompetenzen für soziale Gerechtigkeit liegen insbesondere bei "Die Linke/PDS", wenn auch stark schwankend (2004 = 33 %, 2005 = 26 %, 2006 = 34 %). Die Dominanz der "Die Linke/PDS" bei der Vertretung der Interessen Ostdeutscher ist in den letzten Jahren konstant (47 %).

Insgesamt sind die Vorstellungen von einer durch den Staat zu gewährenden sozialen Sicherheit nach wie vor in der Bevölkerung verwurzelt. Dabei herrscht jedoch keine "Vollkaskomentalität", sondern die Notwendigkeit privater Vorsorge wird - zunehmend von Jüngeren und soweit die finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen dafür gegeben sind - anerkannt. Insbesondere bei Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Alterseinkommen und Behinderungen wird die Verantwortung des Staates eingefordert. Ohne die "Finanzprobleme" des Staates zu leugnen, stehen aus Sicht der Bürger - bezogen auf alternative Entscheidungen, für welche Zwecke der Staat Mittel ausgeben sollte - an vorderer Stelle die direkte und indirekte Förderung von Beschäftigung. Das heißt Einsatz von Mitteln für mehr Arbeitsplätze (75 %), Unterstützung der Bildung (73 %) und von Familien mit Kindern (73 %) sowie eigene Beschäftigungsprogramme des Staates (69 %).

Die spezifischen Sichten zu einzelnen Reformpaketen lassen erkennen:

- Die Chancen des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt im Falle von Arbeitslosigkeit werden von den unter 65-Jährigen nur von 12 % als gut, von 26 % als schlecht und von 44 % als sehr schlecht bezeichnet (18 % ich weiß nicht/ohne Antwort). Die getroffenen Aussagen offenbaren ein bis dato nicht bekanntes Maß sozialer Verunsicherung und widerlegen die Auffassung, dass wer arbeiten will auch arbeiten könne. Während bis zum 40. Lebensjahr noch 20 % ihre Arbeitsmarktchancen als gut kennzeichnen, sind das nur noch 7 % der 50- bis 60-Jährigen. Frauen sehen für sich schlechtere Chancen als Männer. 93 % der Arbeitslosen beurteilen ihre Arbeitsmarktchancen mit überwiegend bzw. sehr schlecht
- Die von der Bundesregierung beschlossene Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre findet eine zwiespältige Bewertung. Einerseits sind 41 % der Bürger zwischen 18 und 65 Jahren bereit, bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten (auch um keine Abschlüsse in Kauf nehmen zu müssen), während 48 % es grundsätzlich ablehnen. Andererseits gehen nur 8 % der Befragten davon aus, dass es hinreichend Arbeitsplätze geben wird, um selbst diejenigen weiter zu beschäftigen, die gegenwärtig

tig erwerbstätig sind. Die individuellen Vorbehalte bzw. Lebensplanungen werden auch daran erkennbar, dass - befragt nach den individuellen Möglichkeiten einer längeren Lebensarbeitszeit - nur 15 % für sich einschätzen, den damit verbundenen Anforderungen gewachsen zu sein, 76 Prozent geben an, körperlich und geistig dann nicht mehr dazu in der Lage zu sein (Ausnahme Hochschulabsolventen, Selbstständige und Freischaffende, Beamte).

- Individuelle Bewältigungsstrategien entsprechend den bereits wirksamen Teilen der Gesundheitsreform (bzw. Arbeitsmarktreform) werden gesehen: in einer Vermeidung von Krankschreibungen - 48 % (bezogen auf Erwerbstätige), im Kurieren mit rezeptfreien Medikamenten - 38 %, seltener zum Arzt zu gehen - 32 %, auf Kuren, aber auch andere vorbeugende, kostenpflichtige Untersuchungen zu verzichten - 29 %. Dass das Ganze keineswegs als "Einbahnstraße" gesehen wird, verdeutlicht auch, dass 36 % angeben, jetzt gesundheitsbewusster zu leben. 65 % gehen wie bisher zum Arzt, während andere Arztbesuche umgehen bzw. konzentrieren (32 %).

Sechstens: Es gibt ein mit dem Alter steigendes politisches Interesse, geringe Zufriedenheit mit dem Stand der Demokratieentwicklung. Rechtsextremistisches Gedankengut ist wesentlich mehr verbreitet als von der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Das politische Interesse ist bei 39 % der Befragten sehr stark/stark ausgeprägt. Insbesondere Ältere und Befragte mit Hochschulabschluss weisen überdurchschnittliche Werte aus. Zugleich ist damit verbunden die Zufriedenheit mit dem eigenen politischen Einfluss weiter zurückgegangen und hat 2006 im Vergleich zu den Vorjahren einen erneuten Tiefpunkt erreicht. Nur 5 % der Befragten waren 2006 mit dem eigenen politischen Einfluss sehr zufrieden bzw. zufrieden (1992 = 12 %). Die Unzufriedenheit damit ist im gleichen Zeitraum von 30 % auf 49 % gestiegen. Auch die Zufriedenheit mit der demokratischen Entwicklung befindet sich mit 10 % (sehr zufrieden/zufrieden) nach wie vor auf einem niedrigen Niveau.

Die Untersuchungsergebnisse verweisen eindeutig darauf, dass Rechtsextremismus und ausländerfeindliches Verhalten nicht auf gewaltbereite, gering qualifizierte, ausgegrenzte junge Menschen reduzierbar ist, sondern alle Altersgruppen erfasst bei wachsenden Anteilen gegen Ausländer gerichteter Auffassungen mit steigendem Alter.

Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern ist vor allem mit der Ausländerproblematik verbunden. Obwohl eigene Erfahrungen im Umgang mit Ausländern weitgehend fehlen, werden sie als eine "Ursache" für soziale Probleme im Osten angesehen. So geben 74 % der befragten ostdeutschen Bürger an, dass es zu viel Ausländer in Deutschland gäbe und ihre Zahl reduziert werden müsste (44 % geben dieser Auffassung ihre volle Zustimmung, 30 % teilweise). Die Untersuchung bestätigte die allgemeine Annahme, dass sich besonders Erwerbsstrukturen, d.h. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit oder eine erzwungene/gewollte vorzeitige Rentnerschaft, in den Positionen zu Ausländern bzw. auf rechtsextreme Positionen niederschlagen. So vertreten Arbeitslose in deutlich höherem Maße die Auffassung, dass es zu viele Ausländer gäbe (Erwerbstätige 41 %, Arbeitslose 56 %). Das bestätigt die berechtigte Aussage, dass die Lösung der Arbeitsmarktsituation in den neuen Ländern (wie in den

alten) von höchster Priorität auch für die Zurückdrängung des Rechtsextremismus ist. Auch in kleineren Gemeinden und Städten wird der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Situation und rechtsextremem Gedankengut deutlich.

Insgesamt stellen vor allem ältere Bürger Mitwirkungsdefizite der Bürger bei sie betreffenden Entscheidungen fest - im Gegensatz zu ihren steigenden Bevölkerungsanteilen. 57 % unterstützen Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte.

Der Rückzug in eine "Zuschauerdemokratie", die sich auf reine Beobachter- und Kritikerpositionen begrenzt, der es weitgehend an Interessenartikulation, Konfliktaustragung und Nutzung von Chancen zur aktiveren Gestaltung der Verhältnisse mangelt, hält weiter an. Gleichzeitig ist eine stärkere Beteiligung der Ostdeutschen in Vereinen, Verbänden und Initiativen festzustellen. Dies kann die direkte und unmittelbare politische Beteiligung zwar nicht ersetzen, sie schafft aber nicht zu unterschätzende Bedingungen und Voraussetzungen für eine bessere und nachhaltige Interessenartikulation und Interessenvertretung.

Die Volkssolidarität begrüßt das im vergangenen Jahr verabschiedete Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz sowie beabsichtigte gleiche Initiativen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt.